



**CDU**

# Innovation statt Verbotskultur: 5-Punkte-Plan für Mobilität und Luftreinheit in Niedersachsen

Beschluss des Landesvorstandes der CDU in Niedersachsen  
Walsrode, 18. Januar 2019

## **Innovation statt Verbotskultur: 5-Punkte-Plan für Mobilität und Luftreinheit in Niedersachsen**

**Für die CDU in Niedersachsen haben die Bekämpfung des Klimawandels und die Gesundheit der Menschen in unserem Land eine hohe Priorität.**

In diesem Zusammenhang fällt der Reduktion von CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre eine maßgebliche Rolle zu. Bundesweit ist es gelungen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen seit 1990 um 27,7 Prozent (2017) zurückzuführen. Neben Energiewirtschaft, Privathaushalten und verarbeitendem Gewerbe gehört der Verkehrssektor zu den bedeutenden CO<sub>2</sub>-Emitenten. Zugleich können wir feststellen: In den vergangenen zehn Jahren konnten die CO<sub>2</sub>-Emissionen von neu zugelassenen Fahrzeugen um ein Viertel gesenkt werden.

Die Belastung der Luft mit Schadstoffen insgesamt nahm in den vergangenen 25 Jahren in Deutschland deutlich ab. Es gibt keine Überschreitungen der europaweit geltenden Grenzwerte für Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid, Benzol und Blei. Außerdem meldet das Umweltbundesamt, dass die Emissionen von Stickoxid sich zwischen 1990 und 2016 von 2,9 Millionen Tonnen auf 1,2 Millionen Tonnen mehr als halbiert haben. Der Feinstaub ist seit 1990 erheblich zurück gegangen und konnte in den vergangenen 10 Jahren nochmals über 25 Prozent reduziert werden.

**Die Luft in Deutschland ist sauber wie Jahrzehnte nicht.**

Auf dieser Tatsache wollen wir uns nicht ausruhen; wir stellen uns aber die Frage, ob die aktuellen Diskussionen um schärfere CO<sub>2</sub>-Grenzwerte, die Dieseltechnologie und damit verbundene Fahrverbote in unseren Städten technologisch realistisch, umweltsinnvoll und beschäftigungspolitisch verantwortbar sind.

Als CDU in Niedersachsen fordern wir mehr Sachlichkeit in dieser wichtigen Frage, an der nicht zuletzt auch viele Arbeitsplätze in unserem Land hängen.

**Die Themen Mobilität, Luftreinheit, Umwelt- und Klimaschutz werden wir deshalb in den Fokus unserer politischen Arbeit 2019 rücken.**

**Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt der Diskussion und fordern mit unserem 5-Punkte-Plan für Mobilität und Luftreinheit innovative Lösungen statt einer einfachen und aus unserer Sicht zu kurz gedachten Verbotskultur:**

### **1. Mehr Sachlichkeit - weniger Spekulationen**

Es geht um die Gesundheit der Menschen in unserem Land. Wir fordern die Bundesregierung auf, eine wissenschaftliche und interdisziplinär besetzte Kommission zur abschließenden toxikologischen Bewertung der bestehenden Grenzwerte bei Stickoxid einzusetzen. Ziel muss sein, mehr Rationalität in die Diskussion um die tatsächliche Gesundheitsgefährdung zu bringen. Hierbei sollten sowohl internationale Vergleiche als auch unterschiedliche Grenzwerte im Straßenverkehr und am Arbeitsplatz in den Blick genommen werden. Nur so können Maßnahmen mit der nötigen gesellschaftlichen Akzeptanz vorangetrieben werden.

## **2. Luftqualitätsmessungen prüfen und verbessern**

Wir fordern schnellstmöglich eine Überprüfung und gegebenenfalls Neupositionierung sämtlicher Messstellen. In diesem Zusammenhang sehen wir es als notwendig an, die 39. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (39. BImSchV) inklusive der entsprechenden Anlage zu ändern, um die Positionierung sämtlicher Messstellen in Deutschland so zu konkretisieren, dass die laut EU-Richtlinie vorgeschriebene Repräsentativität der Messergebnisse für ganze Wohnquartiere auch tatsächlich gewährleistet ist. Wir drängen auf einheitliche europäische Standards, welche gleichermaßen in ganz Europa Anwendung finden. Bei der Bewertung von Messwerten in den Städten und beim Ableiten entsprechender Schlussfolgerungen sind über den Straßenverkehr hinaus auch andere Emissionsquellen einzubeziehen.

## **3. Moratorium statt Fahrverbote**

Für den Fall, dass eine Stadt an der Einführung von Fahrverboten – als aus unserer Sicht schwerwiegenden Eingriff in den Individualverkehr – festhalten will, werden wir uns mit aller Kraft dafür einsetzen, die Fahrverbote durch das Ergreifen geeigneter Alternativmaßnahmen unter allen Umständen zu verhindern. Eine Abwägung hat auch unter Berücksichtigung der Auswirkungen der zu erwartenden Ausweichverkehre zu erfolgen. Es ist zu prüfen, inwieweit innerstädtische Lieferverkehre sowie Fuhrparke kleiner und mittlerer Handwerksunternehmen gesondert betrachtet werden können. Wer heute einen Diesel fährt und auf Politik und Hersteller vertraut hat, darf dafür nicht bestraft werden.

## **4. Maßnahmen zur Luftreinheit fördern**

Auch wenn eine weitere Entspannung der Lage bei den Stickoxidemissionen zu erwarten ist, sollten begleitende Maßnahmen, die von Land und Kommunen durchgeführt werden, gefördert werden. Diese könnten beispielsweise sein:

- Die Optimierung der Verkehrssteuerung für fließenden Verkehr,
- der Ausbau digitaler Verkehrssteuerung und moderner Verkehrsinfrastruktur, insbesondere zur Vermeidung von Parkplatzsuchverkehren,
- die Umrüstung der kommunalen Fahrzeugflotten,
- individuelle bauliche Maßnahmen zur Luftreinhaltung in den betroffenen Städten (z.B. durch Mooswände oder Schadstoffabsauganlagen),
- Leasingfahrräder für den öffentlichen Dienst sowie
- die Weiterentwicklung der ÖPNV- und Carsharing-Konzepte, ggf. unter Einbindung klimapolitischer Vorgaben hinsichtlich alternativer Antriebe und Tankstellenstrukturen.

## **5. Technologieoffen Denken – Innovation statt Verbotskultur**

Die Technologiefrage darf nicht durch politische Grenzwerte entschieden werden. Entscheidend ist, welche Technologie zu welchem Zeitpunkt die sinnvollste ist.

Die CDU in Niedersachsen spricht sich für eine ganzheitliche Betrachtung der fahrzeugspezifischen CO<sub>2</sub>-Emissionen aus. In der EU werden gegenwärtig sämtliche klimarelevanten Emissionen aus der Produktion und aus dem Recycling von Lithium-

Ionen-Batterien nicht mit einbezogen. Damit werden Antriebskonzepte von Verbrennungsmotoren, die bereits über den gesamten Lebenszyklus betrachtet werden, gegenüber der Lithium-Ionen-Batterietechnologie benachteiligt.

Wir fordern, technologieoffen zu denken und verstärkt in die Materialforschung und die Entwicklung moderner Antriebstechnologien zu investieren. Dringend einzubeziehen sind neben Bio-Kraftstoffen auch synthetische Kraftstoffe, die CO<sub>2</sub>-arm hergestellt und weitgehend partikel- und stickoxidfrei verbrennen.

Die Batterie- und Brennstoffzellenforschung sowie alternative Antriebstechnologien wollen wir verstärkt fördern, mit dem Ziel, auch die Produktion in Niedersachsen anzusiedeln. Die Innovationen von morgen sollen aus Niedersachsen kommen und in Niedersachsen gefertigt werden.